

KRAFT PAKET ÖSTERREICH

14

Kraftpaket Sozialstaat
Neue Solidarität jetzt

26

Kraftpaket Wirtschaft
Unternehmen
Perspektive geben

32

**Kraftpaket
Steuergerechtigkeit**
Fairness forcieren,
Schlupflöcher
endlich schließen

Ganze.

Es geht ums große

**Jetzt braucht's ein
Kraftpaket Österreich!**

Die Corona-Krise hat Menschen und Unternehmen in Österreich schwer getroffen. Die Arbeitslosigkeit ist binnen kürzester Zeit dramatisch gestiegen. Wir befinden uns mitten in der größten sozialen und wirtschaftlichen Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges – und vor gewaltigen Umbrüchen, die uns alle betreffen. Bei der Bekämpfung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise versagt die Regierung: Statt „Koste es, was es wolle“ gibt es nur Ankündigungen und leere Versprechen für Unternehmen und Familien. Die Regierung liefert Stückwerk, agiert planlos. Was es jetzt braucht, ist rasche und unbürokratische Hilfe und ein Kraftpaket für Österreich. Das oberste Ziel: Der Beschäftigungsmotor muss wieder in Schwung kommen. Wir müssen jetzt – heute und nicht erst morgen – in die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen investieren.

Klar ist auch, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht alleine die Zeche für die Bewältigung dieser Krise zahlen dürfen. Breitere Schultern müssen auch schwerere Lasten tragen: Millionäre und Online-Konzerne sollen ihren gerechten Beitrag leisten. Wir haben die richtigen Konzepte zur Krisenbewältigung vorgelegt – die Regierung muss jetzt endlich handeln, um eine verlorene „Generation Corona“ zu verhindern!

Und eines hat uns die Corona-Krise einmal mehr deutlich vor Augen geführt: wie wichtig ein starker Sozialstaat ist. Denn wäre der neoliberale Ruf nach „Mehr privat, weniger Staat“ erhört worden, dann wäre es unmöglich gewesen, dieser Gesundheitskrise zu begegnen. Stärken wir den Sozialstaat weiter, machen wir ihn widerstandsfähiger. Dafür setzt sich der Parlamentsklub der SPÖ mit aller Kraft ein!



Pamela Rendi-Wagner, SPÖ-Klubvorsitzende



INHALT

Einleitung	05
Der beste Zeitpunkt zum Umdenken ist jetzt.	06
Wir alle erleben jetzt das Ende des neoliberalen Zeitalters.	08
Solidarität macht Österreich stark.	10
Kraftpaket Österreich	12
Kraftpaket Sozialstaat	14
- Österreichs Sozialstaat nicht dem Markt überlassen. Sondern nachhaltig stärken.	14
- Nur damit das klar ist: Mehr Zukunft für die Jungen!	16
- Weil Zeit Arbeit ist. Geförderte 4-Tage-Woche zur Stärkung von Beschäftigung und Unterstützung krisengebeutelter Unternehmen.	18
- Die beste Gesundheit. Und zwar für alle.	20
- Arbeitsmarktwende vorantreiben, Beschäftigung stärken.	22
Kraftpaket Wirtschaft	26
- Aus der Krise lernen. Und Österreichs Unternehmen den Rücken stärken.	26
- Jetzt investieren für 250.000 neue Arbeitsplätze.	28
- Mehr „Made in Austria“.	30
- Wiederaufbauplan für Europa.	31
- Beteiligungsfonds nach deutschem und Wiener Vorbild.	31
Kraftpaket Steuergerechtigkeit	32
- Das ist nur fair: Steuerverantwortung stärken.	32
- Keine Insel der Seligen für Steuerflüchtlinge.	34
SPÖ-Anträge im Parlament im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise.	36

Die Krise hat Österreich zurückgeworfen. Viele Menschen stehen vor dem Nichts.

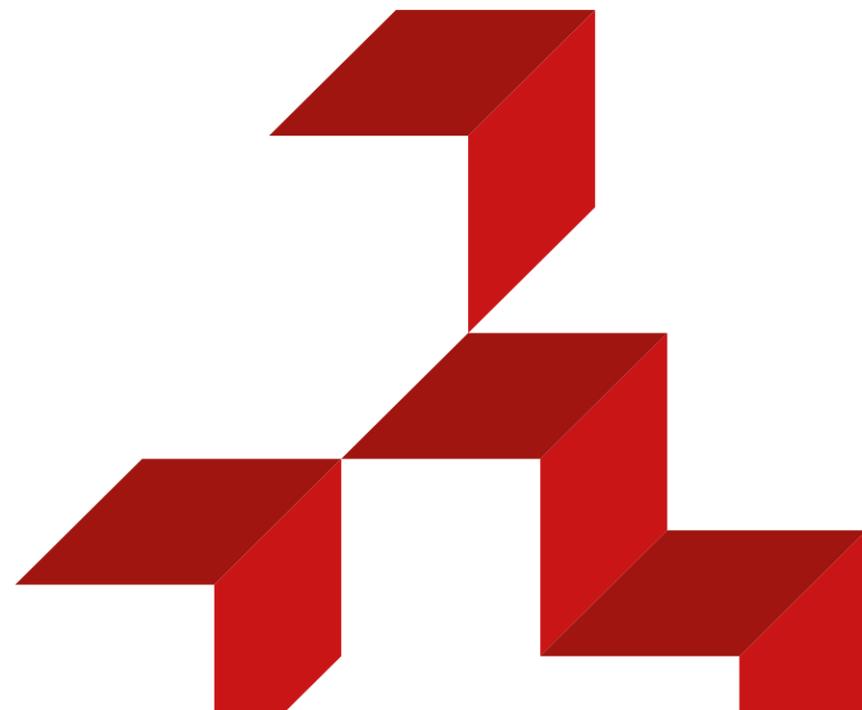
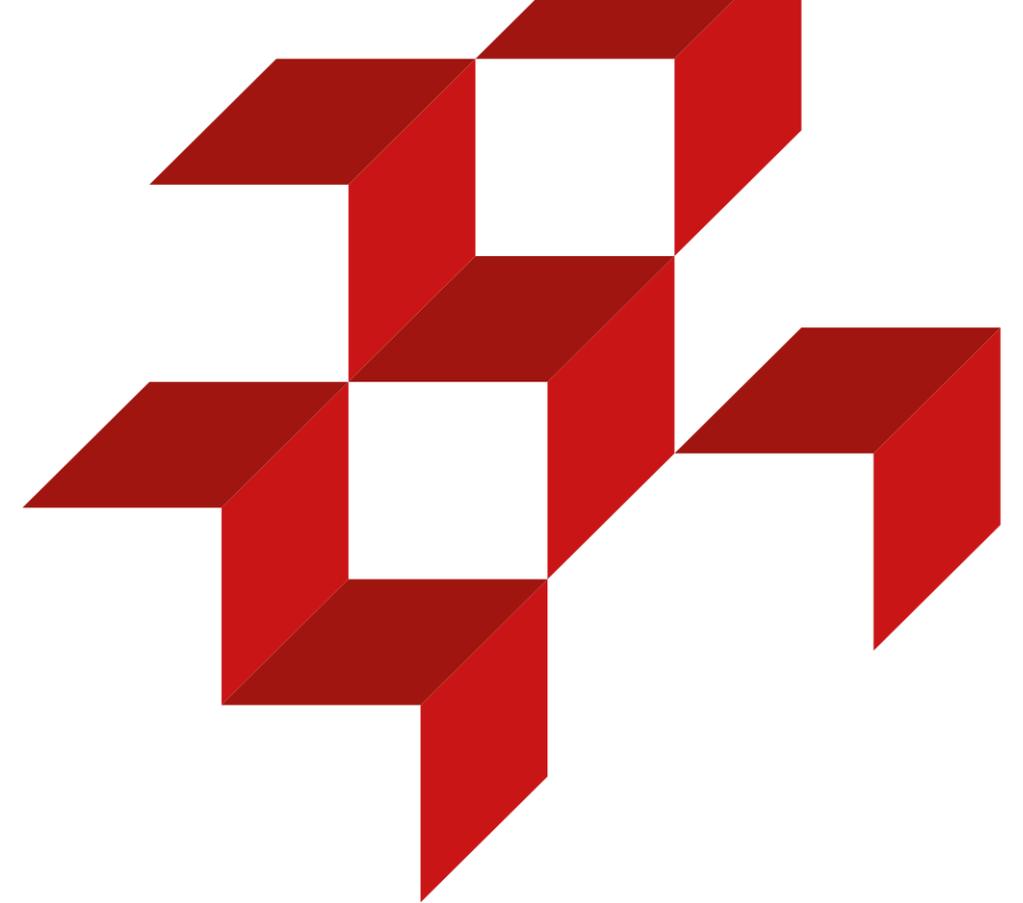
Die dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise werden uns noch sehr lange begleiten. Es wird Jahre oder gar Jahrzehnte dauern, diese Krise zu überstehen. Die Zahl der Menschen ohne Arbeit ist explodiert. Österreich hat die höchste Arbeitslosigkeit seit 1946 – eine Entwicklung, die vor kurzer Zeit noch völlig unvorstellbar war. Hinzu kommen hunderttausende Selbstständige sowie Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer, die zusehen mussten, wie sich das, was sie sich mit Fleiß und der Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Jahre erarbeitet haben, in wenigen Wochen in Luft aufgelöst hat.

Nach vorne schauen. Und niemanden zurücklassen.

Was hat die Regierung zu Beginn der Corona-Krise nicht alles versprochen: „Koste es, was es wolle“ und „Wir lassen niemanden zurück“, hieß es von ÖVP und Grünen bei über 100 Pressekonferenzen. Die Realität sieht ganz anders aus. Für die vielen arbeitslosen Menschen gibt es kein höheres Arbeitslosengeld, die Armutsspirale dreht sich immer schneller und die Unternehmen werden von der Regierung im Stich gelassen und nicht voll entschädigt. Die versprochenen Corona-Hilfen kommen nicht an. Statt rascher Hilfe in ausreichender Höhe wurden bürokratische Hürden aufgebaut.

Der beste Zeitpunkt zum Umdenken ist jetzt.

In der Krise haben die Österreicherinnen und Österreicher ihr Bestes gegeben. Aber bei weitem nicht das Beste bekommen.



Die Krise hat der Gesellschaft deutlich vor Augen geführt,

→ wer Österreich am Laufen hält.

Die Pflegekräfte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Supermärkten und in der Lebensmittelproduktion, bei der Straßenreinigung, bei der Müllabfuhr, die Reinigungskräfte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen u.v.m. leisten Beachtliches. Sie alle sind die „Heldinnen und Helden des Alltags“. Und sie alle haben bisher nicht die gesellschaftliche und finanzielle Wertschätzung und Anerkennung bekommen, die ihnen gebührt.

→ wie wichtig und notwendig ein starker Sozialstaat für Österreich ist.

Das Arbeitslosengeld, die Notstandshilfe und die Mindestsicherung haben eine wichtige Schutzfunktion für die gesamte Bevölkerung und verhindern den Zusammenbruch eines Staates. Das gut ausgebaute öffentliche Gesundheitssystem hielt der Corona-Krise bisher

stand. Schnelle, unbürokratische Corona-Hilfen des Staates zur Unterstützung der Familien oder der Unternehmerinnen und Unternehmer sind dringend notwendig. Die groß angekündigten Corona-Hilfen der Regierung kommen aber bei den Menschen nicht an.

→ wie verletzlich Österreich durch die Abhängigkeit von einem globalen Wirtschaftssystem ist.

Pandemien breiten sich in Hochgeschwindigkeit aus. Globale Lieferketten sind sehr fragil. Viele Unternehmen sind bestrebt, die Lieferketten zu verkürzen und Produktionsstätten zurück in die Heimat zu holen. Viele Betriebe hinterfragen, ob sie sich nicht in der Vergangenheit zu stark auf die Kosten der Produktion fokussiert haben.

„Mehr privat,
weniger Staat“:
Millionen Menschen
wurde so der Boden
unter den Füßen
weggezogen.



Wir
alle
erleben
jetzt das

Ende

des neoliberalen Zeitalters.

Eine Krise dieses Ausmaßes kann nur überwunden werden, wenn die Grundlagen unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens erneuert werden.

Über vier Jahrzehnte – beginnend mit den Amtszeiten von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA – hat die neoliberale Politik mit ihren Dogmen der Globalisierung der Ökonomie, der Deregulierung der Märkte und der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen weltweit das Denken und Handeln dominiert. „Mehr privat, weniger Staat“ wurde auch in Österreich zum Leitspruch einer Politik, die sich zum Ziel gesetzt hat, zentrale Errungenschaften der Zweiten Republik abzubauen. Aus falsch verstandenem Freiheitsdenken wurde die Maximierung des Gewinns des Einzelnen über den Wert des Gemeinwohles gestellt. Der Staat wurde schlechtgeredet, öffentliche Leistungen privatisiert und eine Austeritätspolitik mit Sparpaketen wurde als das einzig wahre Mittel zur Gesundung von Staatsfinanzen gepriesen.

Auch in Österreich wurde das hervorragende Sozialsystem, das unser Land stark gemacht hat, zum Wettbewerbsnachteil in der globalisierten

Welt umgedeutet. Während ÖVP-FPÖ-geführter Regierungen wurden Pensionen gekürzt, im Gesundheitssystem gespart, die Mindestsicherung für Kinder reduziert u.v.m.

Gewerkschaften und Parteien, die sich für einen gerechten Ausgleich der Interessen und den Schutz sowie den Ausbau der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzten, wurden als „Bremser“ diffamiert. Soziale Gerechtigkeit, das Streben nach Gleichheit und das Ziel des solidarischen Miteinanders wurden als „verstaubt“ und „altmodisch“ hingestellt.

Das neoliberale Zeitalter ist am Ende. Die Corona-Krise zeigt, dass der Neoliberalismus zum Scheitern verurteilt ist. Dank sozialdemokratisch geführter Regierungen konnten ein starker Staat und ein gutes öffentliches Gesundheitssystem erhalten werden – und das gegen Widerstände neoliberaler und konservativer Kräfte.

Solidarität macht Österreich stark.

Wie wichtig die Widerstandsfähigkeit eines Staates ist, zeigt sich gerade jetzt in dieser schweren Krise. Viele Menschen erkennen, dass die Folgen der Krise nur gemeinsam zu bewältigen sind. Es geht eine Welle der Solidarität durch die Gesellschaft. Der Ruf nach einem helfenden und schützenden Staat wird im Zuge der Bewältigung der Krise lauter. Durch Zusammenhalt in der Gesellschaft kann jede Herausforderung bewältigt werden.

Gesellschaftliche Solidarität bedeutet mehr als temporäre Hilfsbereitschaft: Der Staat gleicht jene Nachteile aus, die in einer vom freien Markt geprägten Gesellschaft entstehen. Ein handlungsfähiger, widerstandsfähiger Staat ist daher immer von zentraler Bedeutung. Im Augenblick schwerer Krisen zeigt sich, dass die Märkte versagen. Die Überwindung von schweren Krisen erfordert gemeinsames nicht-profitorientiertes Handeln statt Profitversessenheit.

Unser Streben nach Zusammenhalt und das Bemühen, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen, bilden den Kern einer solidarischen Gesellschaft.

Unser Land steht vor einer Richtungsentscheidung.

Gehen wir den Weg dieser Erneuerung der gesellschaftlichen Solidarität mit dem Bekenntnis zu einem starken Staat? Oder tun wir nach dieser Krise so, als ob nichts gewesen wäre, mit einer Politik, die sich wieder den Kräften des Marktes unterwirft?

Die sozialdemokratische Antwort liegt auf der Hand.

Wir stehen vor gewaltigen Umbrüchen, die uns alle betreffen. Angesichts der schweren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Krise braucht es eine Festigung der solidarischen Gesellschaft auf Basis unserer demokratischen Freiheitsrechte. Die Verwirklichung des Individuums in einer freien, demokratischen Gesellschaft muss auch in Zeiten tiefgreifender Krisen geschützt bleiben. Denn die Freiheit des Einzelnen ist für uns die Voraussetzung für die Freiheit aller in einer solidarischen Gesellschaft.

Es braucht diese neue Solidarität als Kraftpaket – denn sie bietet Schutz vor Verwundbarkeit in Zeiten schwerer Krisen und sie ermöglicht die Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Krise.

KRAFT PAKET

ÖSTERREICH

Sozialstaat noch stärker und
widerstandsfähiger machen

Wirtschaft stärken und
widerstandsfähiger machen

Steuerverantwortung stärken:
gerechte Besteuerung von Millionen-
vermögen und Online-Konzernen

Das schafft 350.000 Arbeitsplätze!

Der SPÖ-Parlamentsklub setzt sich für die arbeitenden Menschen ein. Wir sind aber auch für all jene da, die benachteiligt sind und Unterstützung brauchen, um ein gutes Leben führen und ihren Beitrag zu dieser Gesellschaft leisten zu können. Wir stehen für gelebte Solidarität, Sicherheit, Chancen und Ausgleich.

Wir wollen die Menschen in Österreich vor den Folgen dieser Krise und vor weiteren Krisen schützen. Gleichzeitig wollen wir Österreich aus der Krise führen und es moderner und gerechter machen.

Zusammenhelfen macht stark.

Im Kleinen
und im Großen.



KRAFT PAKET

SOZIALSTAAT

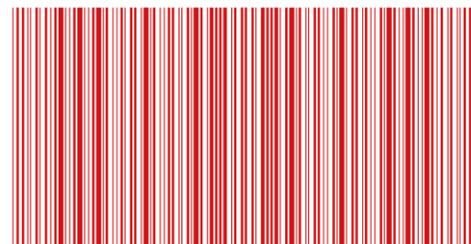
**Österreichs Sozialstaat nicht
dem Markt überlassen.
Sondern nachhaltig stärken.**

Unterstützen wir jene Menschen, die schuldlos in Schwierigkeiten geraten sind, und spannen wir gleichzeitig einen sozialen Schutzschirm, der einem der reichsten Länder der Welt würdig ist. Denn diese Krise hat gezeigt: Es kann jede/n treffen. Dabei müssen Fragen der Existenzsicherung genauso neu gedacht werden wie Fragen der Verteilung von Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung.

Der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss hohe Priorität eingeräumt werden. Eine verlorene „Generation Corona“ muss verhindert werden. Familien müssen besser als bisher unterstützt werden.

WAS ES JETZT BRAUCHT:

- **Erhöhung des Arbeitslosengeldes:** von 55 Prozent des letzten Netto-Einkommens auf 70 Prozent.
- **Erhöhung des Familienzuschlages zum Arbeitslosengeld:** 100 statt 29 Euro im Monat.
- **Kein Vermögenszugriff:** Für die Dauer der Krise darf es keine Vermögensanrechnung **bei Mindestsicherung und Sozialhilfe** geben.
- **„Corona-Tausender“** für alle „Heldinnen und Helden des Alltags“
- **Familien, insbesondere Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher, waren durch geschlossene Kindergärten und Schulen einer großen Mehrfachbelastung ausgesetzt:** Eltern mussten gleichzeitig arbeiten, ihre Kinder betreuen und mit ihnen auch noch zuhause lernen. Von finanziellen Hilfen haben viele Familien noch keinen Cent gesehen. In Not geratene Familien müssen schnellstens Gelder aus dem **Familienhärteausgleichsfonds** bekommen! Und es braucht ein **Corona-Schulpaket und eine Bildungsmilliarde:** Lern- und Ferienangebote im Sommer, Ausbau der ganztägigen Schule, Förderunterricht und gratis Laptops.
- **Verdoppelung der Lehrlingsentschädigungen** in den überbetrieblichen Lehrwerkstätten
- **Geförderte 4-Tage-Woche** zur Stärkung von Beschäftigung und Unterstützung krisengebeutelter Unternehmen. Arbeitszeitverkürzung fördert auch die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern – denn die Arbeitszeitverteilung ist eine der zentralen Verteilungsfragen der heutigen Zeit.
- **Hilfen für das Gesundheitssystem:** Ausfallhaftung des Bundes für die Mindereinnahmen in der Sozialversicherung und Ersatz der Kosten, die durch die Kassenfusion entstanden sind.
- **Arbeitsmarktwende gestalten, Beschäftigung schaffen** mit einer Qualifizierungsoffensive und einer Jobgarantie für Langzeitarbeitslose.
- **Kollektivvertraglicher Mindestlohn 1.700 Euro steuerfrei**
Gerade die Krise hat gezeigt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringerem Einkommen – sehr häufig atypisch beschäftigte Frauen – gefährdet sind, in Armut abzugleiten. Daher braucht es einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.700 Euro und damit einhergehend eine Steuerbefreiung bis zu dieser Höhe.



Die Folgen der Corona-Krise haben auch die junge Generation in Österreich mit voller Härte getroffen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich innerhalb kürzester Zeit mehr als verdoppelt: Im Juni 2020 waren über 80 Prozent mehr Jugendliche arbeitslos als im Juni des Vorjahres. Genauso trübe wie die gegenwärtige Situation sind auch die Zukunftsaussichten: Tausende Jugendliche werden unter den jetzigen Voraussetzungen im September keine Lehre beginnen können. Infolge des weltweiten Wirtschaftseinbruchs reduzieren heimische Unternehmen die Neuanstellung von Lehrlingen. Expertinnen und Experten schätzen, dass im Herbst 2020 zwischen 7.000 und 8.000 Lehrstellen fehlen werden. Und was tut die Bundesregierung? Außer der Ankündigung von Einzelmaßnahmen wurde bislang kein Plan zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt. Für die jungen Menschen in Österreich definitiv zu wenig.

Was es jetzt braucht:

- Jeder Jugendliche soll im Herbst eine Lehrstelle bekommen: Aufstockung der Lehrstellen in den überbetrieblichen Lehrwerkstätten um 5.000 Plätze.
 - Mehr Lehrstellen durch die öffentliche Hand.
 - Ausbildungsgarantie bis 25 wieder einführen, um so junge Menschen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und vor Arbeitslosigkeit zu schützen.
 - Halbierung der Lehrlingsentschädigung für über 18-Jährige zurücknehmen.
-

Nur damit das
klar ist:
**Mehr
Zukunft
für die
Jungen!**





Zeit und Arbeit gescheit verteilen

Geförderte 4-Tage-Woche zur Stärkung von Beschäftigung und Unterstützung krisengebeutelter Unternehmen.

Es werden viele Betriebe in Österreich noch länger mit einem erheblichen Nachfrageausfall zu kämpfen haben. Um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Beschäftigung zu halten und gleichzeitig Betriebe mittelfristig weiter finanziell zu unterstützen, schlägt der SPÖ-Parlamentsklub ein Fördermodell zur Arbeitszeitverkürzung vor. Der Covid-19-bedingte Nachfrageeinbruch soll zur freiwilligen Einführung einer 4-Tage-Woche genutzt werden, die finanziell vom Staat gefördert wird. Und auch für die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ergeben sich viele positive Effekte. Es wird für Eltern leichter, Job und Familie zu vereinbaren. Die bezahlte und unbezahlte Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern wird gerechter aufgeteilt.

So sieht das Fördermodell für die 4-Tage-Woche aus:

Die Arbeitszeit des Betriebes wird dauerhaft um 20 Prozent verringert:

- Ein Drittel der Kosten wird vom Betrieb übernommen.
- Ein Drittel der Kosten wird vom AMS übernommen. Die maximale Förderdauer beträgt 3 Jahre. Nach Ablauf der maximalen Förderdauer entscheiden die Sozialpartner branchenspezifisch, wie die entfallene Förderung kompensiert wird.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verzichten auf brutto 6,6 Prozent ihres Gehalts (ein Drittel von 20 Prozent) bei 20 Prozent weniger Arbeitszeit.

Fördervoraussetzungen: Wie bisher sollte dieses Modell die Zustimmung beider Sozialpartnerseiten (sowohl innerbetrieblich als auch überbetrieblich) benötigen und durch das AMS abgewickelt werden. Dieses 4-Tage-Modell könnte zusätzlich zu den bestehenden Kurzarbeitsmodellen eingeführt werden.



Wirkung des Modells

Kostengünstig für die Unternehmen

Eine Arbeitszeitreduktion um 20 Prozent hätte laut Studien eine Produktivitätssteigerung von 8 Prozent bis 14 Prozent zur Folge. Bei einer Produktivitätssteigerung von rund 8 Prozent werden die zusätzlichen Kosten für den Betrieb vollständig kompensiert.

94,9 Prozent Gehalt bei 80 Prozent Arbeit

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich für das Modell entscheiden, würden 94,9 Prozent ihres ursprünglichen Nettogehaltes bei einer auf 80 Prozent reduzierten Arbeitszeit erhalten und hätten damit eine Lohnerhöhung gegenüber dem bisherigen Kurzarbeitsmodell.

Kosten der öffentlichen Hand werden um mehr als die Hälfte kompensiert

Die Förderung der öffentlichen Hand würde zu 57 Prozent durch geringere Ausgaben für Arbeitslosigkeit bzw. gestiegene Einnahmen aufgrund der zusätzlichen Beschäftigung kompensiert werden. Würden 1 Million Beschäftigte an einem solchen Fördermodell teilnehmen, würde das zu 100.000 zusätzlichen Beschäftigten führen. Die Nettokosten für die öffentliche Hand würden pro 1 Million Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei 1,14 Mrd. Euro (Bruttokosten 2,64 Mrd. Euro) liegen und damit deutlich billiger als das derzeitige Kurzarbeitsmodell (geschätzte Kosten bei derzeit 832.455 Teilnehmerinnen und Teilnehmer: 6 Mrd. Euro) kommen.

**4-Tage-Woche:
Gut für die Menschen!
Gut für die Unternehmen!
Gut für den Staat!**

94,9%
Gehalt **80%** Arbeit

Vorteil für Unternehmen

Rechnet ein Betrieb mit weniger Aufträgen, hätte er dadurch die Möglichkeit, seine Beschäftigten zu halten, und könnte schneller wieder hochfahren, wenn die Nachfrage steigt. Das schafft Flexibilität.

Das Modell ist kostengünstig.
Die Produktivität wird gesteigert.

Vorteil für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer behalten ihren Arbeitsplatz. Sie haben bei nahezu gleichem Lohn 20 Prozent mehr Freizeit, die für Familie, Freunde, Sport u.v.m. aufgewendet werden kann.

Mehr Erholung, höhere Leistungsfähigkeit.

Vorteil für den Staat

Die geförderte 4-Tage-Woche schafft Beschäftigung. Das heißt: mehr Beschäftigte, weniger Arbeitslose und dadurch mehr Einnahmen.

Kostengünstiger als das derzeitige Kurzarbeitsmodell.

Unser Gesundheitssystem ist es wert, gestärkt zu werden.

**Nein zu Leistungskürzungen
und Privatisierungen.**

Gerade die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist. Die Krankenversicherung leistet dabei einen unverzichtbaren Beitrag, der sicherstellt, dass alle Versicherten gleichermaßen ihre erforderlichen Leistungen erhalten. Das muss auch in Zukunft gewährleistet sein.

Die Finanzierung dieser Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Beitragsausfälle darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgen. Es darf weder zu Leistungs-

kürzungen noch zu weiteren Selbstbehalten, Beitragserhöhungen oder weiteren Privatisierungen kommen. Ansonsten droht, aus der Corona-Krise eine weitere Gesundheitskrise zu werden, mit massiven Folgekosten und Unterversorgung von Patientinnen und Patienten.

Der Staat muss seine Verantwortung wahrnehmen und die Finanzierung der Kassen und des Gesundheitssystems sicherstellen. Durch die Beiträge der Versicherten alleine ist das nicht möglich.

Es braucht

→ eine **Ausfallhaftung des Bundes** für die Mindereinnahmen in der Sozialversicherung, die durch diese Krise entstanden sind und noch immer entstehen.

→ einen **Ersatz der Kosten**, die durch die unsägliche Fusion der Gebietskrankenkassen entstanden sind, damit die versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht auch noch diese Last zu schultern haben.

**Die beste
Gesundheit.**

**Und
zwar
für
alle.**

Machen wir gute Jobs!

Arbeitsmarktwende vorantreiben, Beschäftigung stärken.

Österreichs Arbeitsmarkt befindet sich in einer großen Umbruchsituation: Die Wirtschaft beklagt sich über fehlende Facharbeiterinnen und Facharbeiter, bildet gleichzeitig aber immer weniger Lehrlinge aus. Berufliche Fortbildung und Umorientierung während des späteren Arbeitslebens findet primär in bereits gut qualifizierten Bereichen statt, während weniger gut qualifizierte und Ältere langzeitarbeitslos sind. Zukunftsberufen (z.B. in green jobs, Pflege etc.) fehlt der Nachwuchs und der Zuzug in den österreichischen Arbeitsmarkt ist mit Lohn- und Sozialdumping sowie unfairem Wettbewerb verbunden. Gleichzeitig fehlen in den Nachbarländern die Fachkräfte, die bei uns arbeiten. Symptomatisch dafür ist der Pflegesektor: Die Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) hat im Auftrag des Sozialministeriums festgestellt, dass uns bis 2030 76.000 Pflegekräfte fehlen werden. Während des Corona-Lockdowns gab es verzweifelte Versuche, ausländische Pflegekräfte ins Land zu bringen und das Bundes-

heer bzw. die Zivildienstler sollten einspringen. Und 80% der pflegenden Angehörigen sind Frauen. Frauen sind daher besonders vom Problem der Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit betroffen und stehen vermehrt unter dem Druck, Beruf, Familie und Betreuung/Pflege unter einen Hut zu bekommen. Auch Pflege- und Betreuungsberufe werden im überwiegenden Maße von Frauen ausgeübt. Wer nicht spätestens jetzt die notwendigen Lehren zieht, verspielt unsere Zukunft. Wir können es uns nicht leisten, auch nur eine/n Einzelne/n auf unserem Arbeitsmarkt zurückzulassen, keine über 50-Jährigen und schon gar nicht junge Menschen. Deshalb lautet das Rezept: ausbilden, ausbilden und nochmals ausbilden, damit wir die Arbeitsmarktwende einleiten können. Und zwar junge Menschen, aber auch Menschen, die bereits im Beruf stehen und berufliche Umorientierung brauchen.

Ausbilden, ausbilden und nochmals ausbilden.

Qualifizierungsoffensive für Zukunftsberufe:

Ein „Qualifizierungsgeld Neu“ soll allen Personen über 25 Jahre, die beruflichen Neuorientierungs- oder grundlegenden Weiterbildungsbedarf haben, eine Weiterbildung ermöglichen. Und zwar ganz besonders in Zukunftsberufen wie dem Gesundheits- und Pflegesektor sowie in technischen Berufen, Stichwort „green jobs“. Es soll mit Rechtsanspruch ausgestattet sein und auch gegenüber dem Arbeitgeber sollen Beschäftigte, die das Qualifizierungsgeld nutzen wollen, eine Freistellung für die Ausbildung analog zur Elternteilzeit durchsetzen können. Mit dem neuen Qualifizierungsgeld sollen schrittweise die bisherigen Instrumente Bildungskarenz, Bildungsteilzeit und Fachkräftestipendium ersetzt werden. Von dieser Offensive sollen zu allererst potenzielle Pflegekräfte erfasst sein.

Aktion 20.000 zu einer Jobgarantie für Langzeitarbeitslose umwandeln:

Die Bundesregierung hat mit dem vorzeitigen Stopp der „Aktion 20.000“ tausenden älteren Arbeitslosen die Tür vor der Nase zugeknallt. Im freien Spiel der Kräfte wurde eine Art „Aktion 20.000 light“ eingeführt. Dies wird angesichts von Corona bei weitem nicht ausreichen, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den älteren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen einzubremsen. Hier braucht es einen großen Wurf im Sinne einer Beschäftigungsgarantie für ältere Menschen und Langzeitarbeitslose.

Lehrlingspaket:

Jede und jeder Jugendliche, der oder die eine Lehrstelle braucht, muss auch eine bekommen: Es braucht eine Aufstockung der Lehrstellen im Bund bzw. in den überbetrieblichen Lehrwerkstätten um 5.000 Plätze.

Ausbildungsgarantie bis 25 wieder einführen:

Diese Maßnahme qualifiziert junge Menschen zwischen 18 und 25 für den Arbeitsmarkt und schützt sie am besten davor, keine Arbeit zu finden.

Offensive in der Pflege:

76.000 Pflegekräfte werden in den nächsten 10 Jahren fehlen! Spätestens diese Zahl muss alle Verantwortlichen aufrütteln. Aber soziale Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen sofort verbessert werden und für die Ausbildung brauchen wir einen Masterplan. Die Pflegeausbildung in den neu geschaffenen berufsbildenden Schulen muss sofort vom Pilotstadium in den Regelbetrieb übergeführt und massiv ausgebaut werden. Die Ausbildung darf für die Schülerinnen und Schüler nichts kosten. Der Nachwuchs in diesem Bereich muss darauf vertrauen können, dass Entlohnung und Arbeitszeiten ein gutes Leben ermöglichen.



KRAFT PAKET

WIRTSCHAFT

**Aus der Krise lernen.
Und Österreichs Unternehmen
den Rücken stärken.**

Angesichts der negativen Wirtschaftsprognosen hat Österreich keine Zeit mehr zu verlieren. Jetzt muss gehandelt werden. Der Beschäftigungsmotor muss gezündet werden, um die Arbeitslosigkeit zu senken und Beschäftigung zu schaffen. Senken wir die Steuern auf Arbeit, um den Konsum anzukurbeln. Investieren wir in Wachstum und Beschäftigung, um einen Neustart der heimischen Wirtschaft zu ermöglichen. Das erfordert staatliche Investitionen historischen Ausmaßes in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in thermische Sanierung, in Forschung und Entwicklung (Green New Deal). Staatliche Beteiligungen am Aufbau neuer grüner Technologien gehören ebenso dazu wie der Ausbau von Beteiligungen an Unternehmen kritischer Infrastruktur.

Gleichzeitig müssen wir unsere Wirtschaft bei Prozessen zur De-Globalisierung unterstützen. Mehr „Made in Austria“ und „Made in Europe“ kann nicht nur die Aufgabe von Unternehmen sein. Auch der Staat hat hier seinen Beitrag zu leisten.

WAS ES JETZT BRAUCHT:

- **Investitions- und Beschäftigungspaket**
- Unsere Unternehmen nicht zu Almosenempfängern degradieren:
Volle Entschädigung des Verdienstentganges nach dem Epidemiegesetz für Unternehmen mit bis zu 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Abwicklung der Zahlungen durch die Finanzämter
- **Fixkosten-Zuschüsse** auch für Kleinbetriebe
- **Programm „Made in Austria“ zur Stärkung der heimischen Wirtschaft**
- **Staatsbeteiligungen an KMU:**
Beteiligungsfonds der Republik Österreich

Die Globalisierung
hat ihre Schwächen
offenbart.
Jetzt braucht es
eine Politik, die
„Made in Austria“
stark macht.



Jetzt investieren für **Vollbeschäftigung.**

Österreich braucht das größte Investitions- und Beschäftigungspaket
in der Geschichte der Zweiten Republik

Oberstes Ziel: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Stärkung der Wirtschaft, insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben:

Höchste Investitionen in der Geschichte der Zweiten Republik notwendig.

Etwa 40 Mrd. Euro in den kommenden vier Jahren.

Weniger Arbeitslose und mehr Beschäftigte bedeuten weniger
Kosten für den Staat und höhere Steuereinnahmen.

Nachfrage stabilisieren, Konsum stärken

→ Arbeitslosengeld auf 70 Prozent des letzten Netto-Einkommens anheben – damit erhöht sich das Einkommen aller Arbeitslosen und auch jener Menschen, die aufgrund der Corona-Krise unverschuldet in die Arbeitslosigkeit gerutscht sind, um fast 30 Prozent.

→ Zwar wurde ein Sozialversicherungs-Bonus zur Stärkung der kleinen und mittleren Einkommen beschlossen, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Pensionistinnen und Pensionisten greift diese Maßnahme allerdings erst 2021 und damit viel zu spät. Der SV-Bonus soll, wie von der SPÖ-Parlamentsfraktion bereits vorgeschlagen, für alle schon ab 1.1.2020 greifen – rückwirkend!

→ Senkung der Lohn- und Einkommensteuer:
Die ersten 1.700 Euro (brutto pro Monat) sollen komplett steuerfrei sein.

Es muss „fetzen“.

Die Unternehmen halten sich aufgrund des größten Wirtschaftseinbruchs seit den 1930er Jahren mit Investitionen zurück. Dies führt zu einem (weiteren) Rückgang des Wirtschaftswachstums. Damit die Unternehmen wieder mehr investieren, müssen Anreize geschaffen werden.

Vorzeitige Abschreibung als Investitionsanreiz:

Einführung einer zeitlich begrenzten vorzeitigen Abschreibung – also steuerliche Anreize für Investitionen für Unternehmen, sodass Investitionen vorgezogen werden. Das stärkt die Industrie und belastet zudem das Budget mittelfristig nicht.

Gemeinnützigen Wohnbau stärken:

durch Zweckzuschüsse des Bundes für die Schaffung von leistbarem Wohnraum. Das schafft zusätzliche Arbeitsplätze.



Sofortige thermische Sanierung aller öffentlichen Gebäude:

zur Stärkung der Bauwirtschaft und der Zulieferindustrie.



Klimainvestitionspaket in Höhe von 1 Mrd. Euro jährlich:

für öffentlichen Verkehr, alternative Energien, Forschung und Entwicklung etc.

Infrastrukturinvestitionspaket für Städte und Gemeinden:

Aufgrund des Wirtschaftseinbruchs droht bei den Gemeinden ein riesiger Investitionsstau. Der Städtebund rechnet mit bis zu 2 Mrd. Euro Einnahmeverlust. Das ist für die lokalen KMU ein großes Problem – weil die Gemeinden wichtige Auftraggeber sind. Daher braucht es ein jährliches Investitionspaket für Gemeinden von zumindest 500 Mio. Euro.



Thermische Sanierung für Privathaushalte:

Für Privathaushalte mit alten Heizsystemen und schlecht gedämmten Wohnungen/Häusern soll es eine staatlich garantierte, zinsenlose Sanierungsaktion geben. Dabei soll bei der Bank die Bestätigung/Rechnung des Installateurs bzw. der Baufirma direkt eingereicht werden können. Die Bank übernimmt die Rechnung und die betroffenen Haushalte erhalten einen zinsenlosen Kredit, der über 10 Jahre abzubezahlen ist.

Im Durchschnitt der nächsten vier Jahre sind etwa 10 Mrd. Euro pro Jahr wirksam – für die noch verbleibende Legislaturperiode hat das Paket daher ein Gesamtvolumen von ca. 40 Mrd. Euro.

Mehr „Made in Austria“.

Weil es eben nicht egal ist,
wo etwas herkommt.



Auftragsvergabe an soziale Kriterien knüpfen

Öffentliche Aufträge in Österreich sollen in Zukunft ausschließlich an jene Unternehmen gehen, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Mindestlohn von 1.700 Euro bezahlen. Diese Lohngrenze müssen auch Subunternehmen erfüllen. Darüber hinaus sollen öffentliche Aufträge in Europa nur jene Unternehmen erhalten, die auch in Europa produzieren und hier Wertschöpfung erhalten und nicht mit Subfirmen aus Billiglohnländern den Preiswettbewerb gewinnen.

Produktion nach Europa und Österreich zurückholen

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass globale Lieferketten ein Versorgungsproblem verursachen. Darüber hinaus ist es klimaschädlich, Produkte um die ganze Welt zu verschiffen. Die Produktion soll – wo möglich und sinnvoll – wieder nach Europa bzw. Österreich verlagert werden. Kritische Produkte für die Versorgung der Bevölkerung (Lebensmittel, Strom und Energie, Arzneien) sind in ausreichendem Ausmaß in Europa zu produzieren – dafür hat der Staat regulativ mit entsprechenden Förderungen und Subventionen zu sorgen – wenn das nicht möglich ist, auch über staatliche Betriebe.

Wiederaufbauplan für Europa .

Österreich hat eine starke exportorientierte Wirtschaft und milliardenschwere Außenhandelsbeziehungen mit anderen Ländern. Deutschland ist unser wichtigster Handelspartner in der EU, dann kommt bereits Italien. Daran hängen auch viele tausende Arbeitsplätze in Österreich. 2019 lieferten heimische Unternehmen Waren im Wert von 9 Mrd. Euro nach Italien. Italien ist damit der zweitwichtigste Handelspartner Österreichs. 90.000 Arbeitsplätze in Österreich sind davon betroffen. Es ist daher kurzfristig und kleingeistig, zu sagen: „Die Wirtschaft in Italien geht uns nichts an.“ Kommt Italien nicht aus seiner wirtschaftlichen Krise, leidet auch Österreichs Wirtschaft

und werden tausende Arbeitsplätze in Österreich vernichtet. Genauso verhält es sich mit anderen wichtigen Handelspartnern. „Aus der Krise hinausinvestieren“ muss die Devise sein – das gilt für Österreich und natürlich auch für Europa. Damit wird Wachstum erzeugt, werden Arbeitsplätze geschaffen. Die Initiative Frankreichs und Deutschlands für ein Wiederaufbau-Paket in Höhe von 500 Mrd. Euro ist richtig und notwendig. Es braucht Investitionen und Zuschüsse – alleine mit Krediten wird man hochverschuldeten Ländern nicht helfen können. Das wäre zu wenig, zu zögerlich, zu kleingeistig – und ein fataler Fehler in einer Wirtschaftskrise historischen Ausmaßes.

In Zukunft gut dabei.

Mit Beteiligungsfonds nach deutschem und Wiener Vorbild.

Viele Unternehmen haben durch die Corona-Krise empfindliche Verluste hinnehmen müssen. Haftungen und Garantien bzw. Kredite werden in vielen Fällen nicht ausreichend sein, um das Überleben eines Betriebs sicherzustellen. Nach deutschem und Wiener Vorbild soll der Bund daher einen Beteiligungsfonds schaffen. Der Fonds soll sich an KMUs beteiligen.

Dabei sind unterschiedliche Konstruktionen denkbar – von einer echten Beteiligung bis zu einer stillen Beteiligung bzw. Golden-Share-Konstruktionen. Der Staat soll hier in erster Linie nicht als Unternehmer agieren, sondern eben als Kapitalgeber. Ein solcher Beteiligungsfonds würde zudem keine weiteren negativen Auswirkungen auf das Budgetdefizit haben – er wäre defizitneutral.

KRAFT PAKET

STEUERGERECHTIGKEIT

**Das ist nur fair:
Steuerverantwortung
stärken.**

Neoliberale Think Tanks fordern bereits die Erhöhung von Massensteuern, um die Kosten der Krise stemmen zu können. Dagegen werden die Abgeordneten der SPÖ entschieden ankämpfen. Die Finanzierung der Krisenkosten erfordert, die Steuerverantwortung auf breitere Schultern zu legen.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten rund 80 Prozent der gesamten Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen. Sie dürfen nicht wieder diejenigen sein, die alleine die Zeche zahlen. Die Mittelschicht muss steuerlich entlastet werden, Millionäre und milliarden schwere Online-Konzerne müssen mehr beitragen.



Weil's um Gerechtigkeit geht:

Keine Insel der Seligen für Steuerflüchtlinge.

Das Vermögen von Amazon-Gründer Jeff Bezos ist Medienberichten zufolge in den ersten Monaten dieses Jahres um rund 24 Mrd. Dollar gewachsen. Das entspricht nach derzeitigen Schätzungen der Größenordnung der Rezession in Österreich. Diese beiden Zahlen sagen sehr viel über den ungesunden Ist-Zustand als Folge der Fehlentwicklungen von mehr als zwei Jahrzehnten aus. Auch hier muss der Staat handeln.

Traurig, aber wahr: Laut einer Studie des Polish Economic Institute (PIE) verlieren die Staaten der Europäischen Union Jahr für Jahr 170 Milliarden Euro durch EU-Steuerparadiese. Der Grund: Zahlreiche Konzerne und reiche Einzelpersonen verschieben Gewinne und Vermögen in Niedrigsteuerländer. Mehrwertsteuerbetrug kommt da sogar noch hinzu. Probleme wie diese könnten durch verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelöst werden, eine zusätzliche Finanzierungsquelle nach dem Ausfall der Beiträge Großbritanniens gewonnen werden. Weitere Analyse der Studie: Die Besteuerung von Unternehmen und reichen Personen sei in den vergangenen Jahren drastisch gesunken, ein wachsender Teil der öffentlichen Budgets muss von anderen Steuerzahlern geschultert werden. Eine weitere, bittere Erkenntnis: In den letzten 20 Jahren sei die effektive Gewinnsteuer

der Unternehmen (Körperschaftsteuer) in EU-Ländern von durchschnittlich 24 Prozent im Jahr 2000 um 8 Prozentpunkte auf 16 Prozent im Jahr 2017 heruntergerasselt. Dabei verschieben multinationale Gesellschaften ihre Gewinne ungehindert von Ländern, in denen die Umsätze erwirtschaftet werden, hin zu EU-Ländern mit niedrigeren Steuersätzen.

Wir fordern: In unserer globalisierten Welt muss den Herausforderungen der Steuerhinterziehung und Steuervermeidung international begegnet werden. Die EU-Kommission muss mit Sanktionsmöglichkeiten gegen die Steuerparadies-Staaten ausgestattet werden. Zusätzlich braucht es einen EU-weit gültigen Mindeststeuersatz für Unternehmen, um dem Verschieben der Gewinne endlich einen Riegel vorzuschieben.

WAS ES JETZT BRAUCHT:

- **Solidarabgabe in Höhe von 10 Prozent des Umsatzes für Online-Konzerne** (bis auf europäischer Ebene die Digitale Betriebsstätte/Gesamtkonzernbesteuerung umgesetzt ist). Analog zur sogenannten Onlineabgabe (Abgabe auf Onlinewerbung) sollen Unternehmen mit einem weltweiten Umsatz von mehr als 750 Mio. Euro, die an Endverbraucher liefern, eine Solidaritätsabgabe von 10 Prozent des Jahresumsatzes leisten.
- **Gesetzliches Verbot von Dividendenzahlungen und Managerboni für Unternehmen, die Staatshilfe beantragen.**
- **Keine Staatshilfe für Firmen, die Geld in Steueroasen verstecken.**
Es darf kein Geld an Firmen fließen, die in der Vergangenheit Schlupflöcher ausgenutzt haben, um Geld am österreichischen Fiskus vorbeizuschleusen.
- **Rücknahme der geplanten Senkung der Körperschaftsteuer.**
ÖVP/Grüne halten bisher an der sinnlosen Senkung der Körperschaftsteuer fest. Eine solche Senkung würde bis zu 2,5 Mrd. Euro jährlich kosten – dieses Steuergeschenk können wir uns nicht leisten. Betriebe sollten besser Investitionsbegünstigungen erhalten, sodass Jobs gesichert und geschaffen werden können.
- **EU-weite Mindestkörperschaftsteuer von 25 Prozent.**
Der Steuerwettbewerb in der EU muss endlich ein Ende finden. Deshalb brauchen wir eine Steueruntergrenze von 25 Prozent für Unternehmen, sodass sich große Unternehmen nicht länger das günstigste Steuersystem aussuchen können.
- **Millionärsabgabe auf hohe Vermögen und Erbschaften.**
Für Nettovermögensanteile von über 1 Mio. Euro soll eine Vermögenssteuer in Höhe von 0,5 Prozent greifen, ab 10 Mio. Euro beträgt der Steuersatz 1 Prozent. Betroffen davon sind ausschließlich rund 2 Prozent der Haushalte in Österreich. Für Erbschaften über 1 Mio. Euro soll das progressive Erbschaftssteuermodell zur Anwendung gelangen. Alles, was unter 1 Mio. Euro vererbt wird, bleibt auch in Zukunft steuerfrei.
- **Unbefristete Verlängerung des Spitzensteuersatzes von 55 Prozent für Einkommen über 1 Mio. Euro.**
- **Deckelung der Gehälter bei Unternehmen im staatsnahen Bereich mit dem Gehalt des Bundeskanzlers.**
- **Verpflichtende Festlegung des Verhältnisses von Vorstandsbezug und Durchschnittsbezug per Aufsichtsratsbeschluss einmal jährlich für börsennotierte Unternehmen.** Die Managerbezüge sind völlig aus dem Ruder gelaufen. Die AK erhebt seit 2003 die Bezüge von Managern in ATX-Unternehmen. Zuletzt erreichte im Jahr 2017 der durchschnittliche Vorstandsbezug (1,7 Mio. Euro) das 56-Fache eines durchschnittlichen Beschäftigten-Bezuges.
- **Finanztransaktionssteuer auf Finanzspekulationen.**

SPÖ-Anträge im Parlament im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise

Hier die Auflistung der rund 100 parlamentarischen Anträge, die die Abgeordneten der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion seit Beginn der Corona-Krise gestellt haben. Diese Anträge sind die in Gesetzes- oder Entschließungsanträge gegossenen Inhalte dieser Broschüre. Ein kräftiger Nachweis aktiver Politik im Parlament zur Stärkung Österreichs. Diese Anträge sind allesamt auf der Website des Parlaments abrufbar (www.parlament.gv.at).

11 Abänderungsanträge zu Gesetzesmaterien der Regierung

- Antrag zu Umsatzsteuergesetz 1994 (AA-58) – zu befristeter MWSt.-Senkung
- Antrag zu 1. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz (1. COVID-19-JuBG), (2. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz – 2. COVID-19-JuBG (AA-56) – zu Rechtsanwaltsanwärtinnen, Anrechnung der Arbeitszeit
- Antrag zu Kommunalinvestitionsgesetz 2020 – KIG 2020 (AA-54) – verbesserte Förderungen für Gemeinden
- Antrag zu 22. COVID-19-Gesetz (AA-52) – Überbrückungsfinanzierungsfonds für Künstlerinnen und Künstler
- Antrag zum Kunst-, Kultur- und Sportsicherungsgesetz – KuKuSpoSiG (AA-41)
- 28.04.2020 Antrag Becher zum 15. COVID-19-Gesetz (AA-40) – Heizkostenabrechnungsgesetz
- Antrag zum 6. COVID-19-Gesetz (AA-34) – erhöhte Notstandshilfe
- Antrag zum 9. COVID-19-Gesetz (AA-33) Kündigungsschutz für Hochrisikogruppen, Rechtsanspruch für werdende Mütter auf Arbeitsfreistellung, Rechtsanspruch auf Pflegefreistellung für Angehörige von Hochrisikogruppen
- Antrag zum 2. COVID-19-Gesetz (AA-23) – Berichtspflicht an den Budgetausschuss über gesetzte Maßnahmen und deren finanzielle Auswirkungen

- Antrag zum 2. COVID-19-Gesetz (AA-21) – zur Sicherstellung der Prüftätigkeit des VfGH
- Antrag (5-Parteien-Antrag) zu COVID-19-Gesetz (AA-16) COVID-19-Krisenbewältigungsfonds Berichtspflicht an den Budgetausschuss

Weitere 46 SPÖ-Anträge im Parlament im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise

- Entschließungsantrag betreffend rasche Zurverfügungstellung von Budgetmitteln zur Förderung der Corona-Begleitforschung (634/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend medizinische, qualitativ hochwertige Versorgungssicherheit in Österreich (719/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Corona-Notfallfonds für Länder des globalen Südens (523/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Österreich braucht das größte Investitions- und Beschäftigungspaket in der Geschichte der Zweiten Republik (643/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Lehrlingsgarantie in Zeiten von Corona (642/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Schaffung eines Beteiligungsfonds nach Wiener Vorbild (641/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Rückerstattung von Studienbeiträgen für das Sommersemester 2020 (704/A(E))

- Entschließungsantrag betreffend Maßnahmenpaket zur Verhinderung einer sozialen Krise (501/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Sommergutscheine für klimaschonende Reisen (687/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Hilfspaket für Beherbergungsbetriebe und Hotels (540/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Hilfspaket für Gastwirte (539/A(E))
- Antrag betreffend Einkommensteuergesetz, Änderung (83/A) – Steuerreform zur Ankurbelung der Konjunktur
- Entschließungsantrag betreffend Schluss mit der Ungleichbehandlung – die Entlohnung der unfreiwillig verlängerten Zivildienere auf die der freiwilligen Zivildienere anheben! (447/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Ausbildungsgarantie für junge Menschen in Zeiten von Corona (646/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Umsetzung der Stellungnahme der Landeshauptleute zum Kunst- und Kulturland Österreich (607/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Kultur ist systemrelevant – Rettungsschirm aufspannen und Zukunftsperspektiven schaffen (591/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend langfristiges Investitionsprogramm von einer Milliarde Euro für die Kultur- und Kreativwirtschaft (541/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend regelmäßige Hochrisikofallkonferenzen in ganz Österreich (376/A(E))
- Antrag Umsatzsteuergesetz, Änderung (570/A) betreffend Schutzmasken-Umsatzsteuer-Freistellung
- Entschließungsantrag betreffend Maßnahmen zur Abfederung von sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise (408/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend mehr Mittel für eine faire Entlohnung von Kunstschaffenden (134/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Rettungsschirm für Kulturschaffende, Kulturinstitutionen und die Kreativwirtschaft (419/A(E))

- Entschließungsantrag betreffend Sicherung der Gemeindefinanzen in der Krise (478/A(E))
- Antrag Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, Änderung (497/A) – betreffend Schutz von Risikogruppen
- Antrag Arbeitslosenversicherungsgesetz, Änderung (496/A) Erhöhung Arbeitslosengeld
- Entschließungsantrag betreffend Einrichtung eines Corona-Not-Ausbildungsfonds für Lehrlinge (493/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Errichtung eines Überbrückungsfonds für ArbeitnehmerInnen (435/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend gesetzlich verankerte Freiwilligkeit und Diskriminierungsschutz bei Contact-Tracing-Apps (519/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Epidemiegesetz durch den Gesundheitsminister (492/A(E))
- Antrag betreffend Schutz von Risikogruppen (491/A)
- Entschließungsantrag Heinish-Hosek betreffend Maßnahmenpaket zur Verhinderung einer sozialen Krise (434/A(E))
- Antrag zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, Änderung Erhöhung Arbeitslosengeld (432/A)
- Antrag zur Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld Arbeitslosenversicherungsgesetz, Änderung (431/A)
- Entschließungsantrag betreffend österreichweit einheitlicher Masterplan zum Hochfahren des Gesundheitssystems (422/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Hilfsfonds für gemeinnützige Organisationen (446/A(E))
- Antrag betreffend Vorzeitiger Mutterschutz für Schwangere Mutterschutzgesetz, Kinderbetreuungsgeldgesetz u.a., Änderung (433/A)
- Antrag betreffend gesetzlichen Anspruch auf Sonderbetreuungszeit im Pandemie-Fall Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, Änderung (430/A)

- Entschließungsantrag betreffend Rettungsschirm für Sportvereine (418/A(E))
- Entschließungsantrag betreffend Soforthilfepaket für Alleinerziehende (413/A(E))
- Antrag betreffend Dividendenverbot für Unternehmen, die Staatshilfe in Anspruch genommen haben (Kurzarbeit oder COVID-19-Unterstützungsfonds-Leistungen) Unternehmensgesetzbuch, Änderung (407/A)
- Antrag betreffend gesetzlichen Anspruch auf Sonderbetreuungszeit - Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, Änderung (406/A)
- Antrag betreffend Befreiung von Mieten für Betriebsstätten, die während der Covid-19-Krise nicht betreten werden durften - Bundesgesetz zur authentischen Interpretation des § 1104 Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (405/A)
- Antrag betreffend COVID-19-Fristhemmungsgesetz; COVID-19-Maßnahmengesetz u.a., Umfassende Abänderungsvorschläge (399/A)
- Entschließungsantrag betreffend Wo bleibt der Plan und Schutz für Kinder und ElementarpädagogInnen? (439/A(E))
- Antrag betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise - Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz u.a., Änderung (398/A)
- Entschließungsantrag betreffend gesetzliche Maßnahmen bei auslaufenden befristeten Mietverträgen aufgrund der Corona-Krise (417/A(E))

41 Unselbstständige Entschließungsanträge im Zusammenhang mit COVID-19

- Keine Preiserhöhung durch USt-Begünstigung per 1.1.2021 (243/UEA)
- Österreich braucht das größte Investitions- und Beschäftigungspaket in der Geschichte der Zweiten Republik (219/UEA)
- Beseitigung der Entlohnungs-Ungerechtigkeiten von Soldaten im COVID-Einsatz (218/UEA)
- Steuersenkung im Ausmaß von zumindest 1.000 Euro für kleine und mittlere Einkommen ab 1.7.2020 (216/UEA)

- Kultur ist systemrelevant – Rettungsschirm aufspannen und Zukunftsperspektiven schaffen (202/UEA)
- Umsetzung der Stellungnahme der Landeshauptleute zum Kunst- und Kulturland Österreich (201/UEA)
- Sicherung der Gemeindefinanzen in der Krise (199/UEA)
- Ausfallhaftung des Bundes für die Krankenversicherung (195/UEA)
- arbeitsmarktpolitische Sofortmaßnahmen zur Beschäftigungsförderung (181/UEA)
- Unverzögliche Hilfe für Familien aus dem Familienhärtefonds, Klarheit und Chancengerechtigkeit für alle Kinder! (178/UEA)
- sofortige Erhöhung des Arbeitslosengeldes (176/UEA)
- „Bildungsmilliarde: Die Zukunft unserer Kinder ist systemrelevant“ (167/UEA)
- Österreichs internationale COVID-19-Hilfe (145/UEA)
- langfristiges Investitionsprogramm von einer Milliarde Euro für die Kultur- und Kreativwirtschaft (143/UEA)
- Sofortige Rettung österreichischer Arbeitsplätze und KMU (131/UEA)
- Amnestiegesetz im Zusammenhang mit der zum Teil fragwürdigen bzw. unverhältnismäßigen Vollziehung der COVID-19-Gesetzgebung (129/UEA)
- Österreich braucht das größte Investitions- und Beschäftigungspaket in der Geschichte der Zweiten Republik (125/UEA)
- Vorlage eines korrekten Budgets durch den ÖVP-Finanzminister zur Beschlussfassung durch das Parlament (124/UEA)
- wirksame finanzielle Hilfe für Gemeinden und Städte durch die Bundesregierung (123/UEA)
- Rahmenplan für ein schrittweises Hochfahren des Gesundheitssystems (111/UEA)
- Rettungsschirm für den Sport! (110/UEA)
- Erlass/Reduktion von Geschäftsraummiets durch die BIG (101/UEA)
- Gerechtigkeit und Solidarität in der Corona-Krise (89/UEA)

- Stufenplan zur Öffnung der Schulen und Kindergärten (87/UEA)
- Beteiligung der Republik Österreich an der AUA (86/UEA)
- Erhöhung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (85/UEA)
- Erhöhung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (83/UEA)
- Sicherung der Gemeindefinanzen in der Krise (80/UEA)
- einheitliche Linie der Bundesregierung bei der Benutzung von Parks – umgehend notwendige Öffnung der Bundesgärten (77/UEA)
- Maßnahmen zur Abfederung von sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise (74/UEA)
- zusätzliche Maßnahmen zur Abfederung von sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise (73/UEA)
- Maßnahmen zum Schutz kritischer Unternehmen vor Übernahmen aus Drittstaaten – Investitionskontrolle (70/UEA)
- Befreiung von der Arbeitsleistung für Risikogruppen (62/UEA)
- Corona-Bonus – Wertschätzung für die Heldinnen und Helden der Corona-Krise (61/UEA)
- sofortige Schutzmaßnahmen für unsere Bauarbeiter (60/UEA)
- Arbeitsplatzgarantie in Zeiten der Corona-Krise (59/UEA)
- Maßnahmenpaket für NGOs und gemeinnützige Vereine (57/UEA)
- Wahrnehmung der Aufgaben nach Epidemiegesetz (55/UEA)
- Sicherstellung der Betreuung und Beratung von Frauen und Kindern, die von Gewalt betroffen sind (56/UEA)
- weitergehende Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Coronavirus effektiv zu bekämpfen (51/UEA)
- sofortige umfassende und einheitliche Information der Bevölkerung über das Coronavirus (37/UEA)

Impressum:

MHV: SPÖ-Parlamentsklub, Parlament, 1017 Wien, Telefon: +43 1 40110-3443, e-mail: klub@spoe.at; Redaktion: SPÖ-Parlamentsklub; Gestaltung: Erdgeschoss / Schreibkraft; Fotos: Getty Images (Muriel de Seze [Cover]), SPÖ/Kurt Prinz (S. 3), i-stock (DigitalStorm [S. 11], StockPlanets [S. 13], ViewApart [S. 17], AleksandarNakic [S. 18], cyano66 [S. 21], FG Trade [S. 24, l. o.], pixelfit [S. 24, r. o.], Morsa Images [S. 24, l. u.], Omar Osman [S. 24, r. u.], Tomml [S. 25, l. o.], Kerkez [S. 25, r. o.], digitalskillet [S. 25, l. u.], monkeybusinessimages [S. 25, r. u.], skynesher [S. 28], marako85 [S. 30], manx_in_the_world [S. 33])

Bringen wir
unser Land wieder
nach vorne!

Machen wir es wieder stark. Bringen wir
Wirtschaft, Beschäftigung und Kultur
wieder auf Touren. Mit einer Politik, die den
Menschen das zurückgibt, was zigtausende
in der Krise verloren haben: den Glauben
an eine gute Perspektive für ihr Leben in
Österreich – schaffen wir mit dem Kraftpaket
Österreich 350.000 neue Arbeitsplätze.
Dafür setzt sich der Parlamentsklub der SPÖ
mit aller Kraft ein!

SPÖ

